

Inhalt

Vorwort	IX
I. Planung und Partizipation: Thematische und methodische Einführung	1
1. Thematische Einführung	1
Reform als „Zeitgeist“ (1) – „Wir wollen den Bürger, nicht den Bourgeois“ (6) – Kommunale Neuordnung: Maßstabsvergrößerung, Effizienzsteigerung und Verwaltungsvereinfachung (14)	
2. Untersuchungsansatz, methodisches Konzept und Leitfragen	23
3. Forschungsüberblick und Quellenlage	34
4. Fallbeispiele	44
II. Von der Planung zur Umsetzung der Verwaltungsreform: Staatliche Reformpolitik trifft auf kommunale Selbstverwaltung	51
1. Neuordnungskonjunkturen im 20. Jahrhundert	51
2. „Neue Kommunen braucht das Land“	59
Zur Funktionalreform: Einrichtung einer Mittelinstanz Ruhr? (64) – Zur Gebietsreform: Sondierung und Ordnung des „planerischen Flächenbedarfs“ (68) – Neugliederungsgesetze und interfraktionelle Absprachen (73)	
3. Die Stärkung der „Oberzentren“	76
„Oberzentral“ in Ostwestfalen: Bielefelds solitäre Lage (76) – Mitten im städtischen Ballungsraum an der Ruhr: Bochum – Wattenscheid (94) – Rechtsrheinisch zwischen den Großzentren Düsseldorf und Köln: Leverkusen (110)	
4. Gutachtenschlachten und Ultima Ratio: Klage vor dem Verfassungsgerichtshof	120
Gutachten als Maßkonfektion (120) – Gerichtliche Festschreibung des Neuordnungsverfahrens (125)	
III. Die „Aktion Bürgerwille“ und das erste Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen	133
1. Wattenscheid als Ausgangspunkt einer landesweiten Protestinitiative	134
Stadtfest und Bürgerbefragung: „Hände weg von Wattenscheid“ (138) – Zur Arbeit der Bürgerinitiative: Einsatz und Resonanz (141) – Großdemonstration für die Selbstständigkeit (148) – Bürgerbefragungen und Protestinitiativen in anderen Städten (151)	
2. Die „Aktion Bürgerwille“	156
Ziele und Träger (156) – Einleitungsantrag und Zulassung des Volksbegehrens (164) – Werben für das Volksbegehren: Die Arbeit der „Aktion Bürgerwille“ (167)	

3. Zerreißprobe Volksbegehren – Parteipolitik und freies Bürgerengagement	182
Neuordnungsgerangel innerhalb der Parteien (182) – SPD und Volksbegehren: „Demokratur in höchster Potenz“? (185)	
4. Auswertung und Schwachstellen des Volksbegehrens	197
Zur Beteiligung am Volksbegehren (197) – Behinderung des Volksbegehrens? (202) – Bürgerprotest nach dem Volksbegehren: „LEV muß leben“ (207)	
5. Von der Bürgeraktion zur Bürgerpartei?	214
IV. Vom Kompensationsgedanken zum Modell der dezentralen Stadt: Stadtbezirke	221
1. Historischer Kontext: Stadt und Stadtbezirke	222
2. Kommunalrechtliche Grundlagen	225
Von der Zustimmung zur Anhörung: Die Vereinfachung des Gebietsänderungsverfahrens (225) – Zur Kompensation negativer Neuordnungsfolgen: Die Bezirksverfassung (233) – Stärkung der Bezirke und Ausweitung von Informations- und Mitwirkungsrechten nach der Gebietsreform (244)	
3. Politische und administrative Repräsentation nach der Neuordnung	251
Möglichkeit zur Abrechnung: Die Kommunal- und Landtagswahlen (252) – Rat und Verwaltungsleitung: Im Spannungsfeld von Gemeinnutz und Eigeninteresse (262) – Zwischen Rat und Bürger: Die Stadtbezirke (273) – Die Unabhängige Wählergemeinschaft Wattenscheid (282)	
V. Symbolische Integration und Abgrenzung – Integration und Abgrenzung in Symbolen	287
1. Mehr als Schall und Rauch: Der Name einer Stadt	289
2. Städtische Hoheitszeichen: Wappen und Flaggen	303
3. Praktische Herausforderungen und Wunsch zur Demonstration von Einheit und Größe	311
Kreis- und Rathäuser (312) – Straßennamen (314) – Postanschrift (317) – Telefonnetz (319) – Bahnhöfe und Haltepunkte (321) – Kraftfahrzeugkennzeichen (324)	
4. Stadt- und Stadtteilfeste	327
5. Identitäts- und Traditionspflege: Heimat-, Bürger- und Geschichtsvereine	330
VI. Nach der Reform: Bürgerengagement für eine Revision der Neuordnung	343
1. Eine „Notgemeinschaft“ formiert sich: Bürger fordern die Rückgemeindung	349
Neuordnungsfrust und Suche nach Rettungsankern (349) – Gründung des „Kettwiger Kreises“ (355) – Informelle Gespräche und öffentliche Diskussionen (359) – Die Neuordnungskorrektur, ein Landtagswahlthema ersten Ranges? (369)	

2. Trotz Etappensieg eine Niederlage: Die Überprüfung der Neuordnung	376
Etappensieg: Die Beauftragung von zwei Gutachtern (377) – Tiefer Schock: Das reformbestätigende Gutachten (384)	
3. Nachlese und Neufindung des „Kettwiger Kreises“ zur Landtagswahl 1990	390
Sondierungsgespräche mit den politischen Parteien (390) – Ein eigener Landtagskandidat (395)	
4. Beharrlicher Einsatz für die Rückgemeindung in den 1990er Jahren	404
Steter Tropfen höhlt den Stein? (404) – Repräsentative Bürgerbefragungen (411) – Nach mehr als zwanzig Jahren wieder im Landtag: Die Neuordnung und ihre Korrektur (414)	
VII. Zusammenfassende Analyse:	
Staatliche Planung und bürgerschaftlicher Eigensinn	421
1. Räumliche und zeitliche Faktoren einer Reform „von oben“	422
Reformstrategie (422) – Rationalität versus Emotionalität? (429)	
2. Bürger wagen „mehr Demokratie“	436
Bürger und Bürgerwille (436) – Unsicherheiten beim ersten Volksbegehren (442)	
3. Die Dominanz der Kernstädte	445
Vom Trostpflaster zum Ort größerer Bürgernähe (445) – Kommunale Symbole als Zeichen gemeinsamer Stadtgeschichte? (450)	
4. Von der Forderung nach Selbstständigkeit zum Beharren auf Eigenständigkeit.	452
5. Resümee: Eine Reform <i>für</i> den Bürger, aber nicht <i>mit</i> dem Bürger	457
Anhang	461
Listen- und Tabellenanhang	461
Abkürzungsverzeichnis	471
Tabellenverzeichnis	473
Abbildungsverzeichnis und Bildnachweis	474
Quellen- und Literaturverzeichnis	477
Personenregister	523
Ortsregister	527